

Das Wort und Bekenntnis Altonaer Pastoren  
in der

Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens.

Die Schäden des öffentlichen Lebens sind so offenbar, daß niemand sie übersehen kann. Es sind viele Pläne entworfen und viele Versprechungen gemacht worden. Hilfe wurde uns dadurch nicht.

Jetzt fängt man an, nach der Kirche zu fragen. Dieses Fragen hören wir sowohl aus der leidenschaftlichen Bekämpfung der Kirche durch ihre offensibaren Gegner, als auch aus den Ansprüchen, die man in Verkennung ihres Auftrages an sie stellt. Es gibt Menschen, die von der Kirche nur materielle Hilfe wollen. Andere suchen ihre Bundesgenossenschaft im politischen Kampf. Der eine erwartet von ihr Weihe und Rechtfertigung seines politischen Handelns, der andere Auftrieb seiner Begeisterung.

Die Kirche kann keinen dieser Ansprüche befriedigen. Sie hat vielmehr die Aufgabe, die Gewissen zu schärfen und das Evangelium zu verkündigen. Da sie gefragt wird, wollen wir als Diener der Kirche auch antworten. Wir können es nicht mehr verantworten, die bislang gewährte Zurückhaltung zu üben. Denn die Gesundung unseres Volkes und das ewige Heil hängt davon ab, daß den jetzt lebenden Menschen in ihren Nöten von der Kirche Gottes Wort gesagt, und dieses von ihnen gehört und geglaubt wird.

Durch dieses Wort wird offenbar, wo der Staat, die Parteien und die einzelnen die von Gott gewollte und gesetzte Ordnung durchbrochen haben. Dies Wort ruft

jeden an den ihm gebührenden Platz zurück und schafft so die erste Voraussetzung zur Gesundung. Wir aber glauben, daß uns das Wort von der rechten Ordnung durch die Heilige Schrift gegeben ist. Können wir die Not auch nicht beheben, so können wir doch, mit unter der Not des Volkes stehend, unserm Volk den Dienst erweisen, daß wir dies Wort von der rechten Ordnung sagen.

#### Artikel 1.

#### Von der Kirche.

Wir glauben, lehren und bekennen, daß die Kirche die durch Gottes jetzt geschehendes Wort aufgerufene Schar ist, in welcher Christus wahrhaftig gegenwärtig ist.

Von der Heiligen Schrift her geschieht dieses ewige Wort Gottes dadurch, daß es von Menschen verkündigt wird. Es handelt nicht von einer Welt für sich, sondern von unserer Welt, von Geburt und Sterben, von Ehe und Familie, von Erwerb und Beruf, von Technik und Wirtschaft, von Staaten und Parteien, — von allen Dingen, in denen der Mensch sein Leben hat. An diesen Dingen macht das Wort offenbar, daß wir vor Gott nicht recht leben und nicht recht leben können, obgleich wir es sollten. Aber es verheißt auch, daß trotz unserer Ohnmacht Gottes Übermacht an ihnen herrlich werden soll.

Wo dieses Wort in den täglichen Ablauf des Lebens hereinbricht, von Menschen gehört und geglaubt wird, da ist Kirche. Die Menschen, welche zu dieser Schar aufgerufen werden, sich dies Wort sagen lassen und es glauben, sind gewiß nicht besser als andere Menschen. Aber sie erkennen Gottes Urteil über ihre Ungerechtigkeit an und trauen zugleich der Verheißung, daß Gott um Christi willen durch die Vergebung dieser Ungerechtigkeit mächtig ist. In diesem Glauben sind sie gerechtfertigt.

Im Worte Gottes und in dieser aufgerufenen Schar von Menschen ist der lebendige Christus auch unserer Zeit gegenwärtig. Wenn das auch nur dem Glauben gewiß ist und nicht sichtbar gemacht werden kann, so ist Christus in dieser seiner Gegenwart dennoch die Macht der Kirche. Darum kann die Kirche weder vom Staat, noch von einer Partei, noch von der Wissenschaft, noch von irgendeiner Weltanschauung in ihrem Wesen bestimmt und getragen werden. Sie muß das Wort frei reden. Sie ist niemand untertan und gerade darin jedermanns Knecht. So muß das Wort von uns gefordert werden.

Wer sich darum nach römischer Art unter der Kirche wesentlich eine Organisation vorstellt, oder Landeskirchen und Freikirchen so wertet, hat noch nicht begriffen, was Kirche ist. Andererseits ist aber diese Organisation auch nicht wertlos. Sie soll geehrt und geachtet werden, weil in ihrem Bestand und ihrer Geschichte Gottes schaffendes Erbarmen mächtig ist. Wer die Kirche wirklich will, muß auch ihre Organisation wollen. Denn sie ist das von Gott gebotene Bemühen, auf das Wunder hinzuweisen, daß Gott heute noch redet.

Es muß dauernd an dieser Organisation gebessert werden. Sie muß der Art des Volkes und den Forderungen der Zeit gemäß gestaltet werden. Von der Verkündigung darf dabei nichts preisgegeben werden.

Wir scheiden uns von allen, welche die Kirche auf eine bestimmte Schicht des Volkes beschränken wollen. Denn die Kirche ist für alle da, und ihr Wort richtet sich an alle Schichten und Parteien.

Wenn jemand bei militärischen, staatlichen oder parteilichen Festen die Kirche nur dazu haben will, um die Feierlichkeit der Feste zu heben, mißbraucht er die Kirche. Wird die Kirche zu solchen Festen gerufen, dann hat sie auch nichts anderes zu verkünden, als Ge-

richt und Verheißung, und zwar nicht den anderen, sondern denen, die da sind.

Wer von der Verkündigung des Pastors erwartet, daß er eine bestimmte Wirtschaftsform, den Krieg oder den Frieden, den Waffendienst oder die Kriegsdienstverweigerung rechtfertigen oder bestätigen soll, — wer vom Pastor verlangt, daß er die höchste Leistung, deren ein Mensch fähig ist, den Heldentod fürs Vaterland, unbedingt als seligen Tod ansprechen soll, der verleitet ihn zur Verleugnung des Herrn Christus und seines Erlösungswerkes.

Wer die Kirche nur zu dem Zwecke will, daß dem Volke die Religion erhalten bleibt, der vergeht sich an der Ehre Gottes. Die Kirche ist auch Erziehungsmacht, aber nur deshalb, weil sie zum Hören des Wortes erziehen muß.

Wer die Kirche in ihrer Verkündigung dem Einfluß einer politischen Macht unterstellen will, macht damit die politische Macht zu einer dem Christentum feindlichen Religion.

#### Artikel 2. Von den Grenzen des Menschen.

Es ist Gottes Ordnung und Gebot, daß der Mensch sich mit ganzem Eifer den Aufgaben widmen soll, die das Leben ihm stellt. Denn der Mensch ist zum Herrn der Erde geschaffen. Er soll den Bereich seiner Herrschaft ausdehnen, soweit es ihm möglich ist. Jeder hat dabei seine eigenen Gaben und darum auch seine besonderen Aufgaben, die er erkennen und im Wagnis der Verantwortung zu lösen versuchen soll.

Gott hat uns aber um unserer Ungerechtigkeit willen Grenzen unterworfen. An diesen Grenzen soll unsere Ungerechtigkeit und Sünde offenbar werden. Diese besteht darin, daß wir weder Gott, noch den Menschen, noch den Dingen ihr Recht zukommen lassen.

Auch diese Grenzen sind Gottes Ordnung, die uns ebenso gut auferlegt ist wie die Ordnung der Schöp-

fung. Darum kann auch nur Gott von ihr erlösen. Wenn wir selbst diese Ordnung zu durchbrechen suchen, so lehnen wir uns damit gegen Gott auf.

Darum können wir wohl mit Hochachtung und Bewunderung von den Leistungen des Menschen in Technik und Wirtschaft sprechen und von seinem begeisterten Willen, die Welt zu bessern. Es liegt uns nichts ferner, als jemandes Mut in seiner Arbeit zu schmälern — aber wir verschließen unsere Augen auch nicht vor den Nöten, die gerade durch unsere Höchstleistungen in Krieg und Frieden über uns gekommen sind. Wir sehen in diesen Nöten die ernste Mahnung Gottes, unsere eigene Ungerechtigkeit zu erkennen und uns in die von Gott gesetzten Grenzen weisen zu lassen. Nur so werden wir von dem Wahn befreit, als ob es einen Aufstieg gäbe zu einem goldenen Zeitalter und einem Paradies auf Erden.

Wir verwerfen darum entschieden den Traum von dem kommenden irdischen Weltreiche der Gerechtigkeit, des Friedens und der allgemeinen Wohlfahrt in allen seinen Abarten. Wir sehen aber aus Parteiäußerungen mancherlei Art, daß dieser Traum noch nicht ausgeträumt ist. Mag man nun an ein kommendes irdisches Reich des Friedens und der Sicherheit aller Völker, oder an eine klassenlose Gesellschaft ohne Hunger, Mühsal und Leid, oder einen nationalen Zukunftstaat völliger Gerechtigkeit und Artgemäßheit glauben — auf jeden Fall verleugnet man damit die von Gott gesetzte Grenze, verfälscht das politische Handeln und lehrt die Erlösung durch Christus gering achten. Jede Partei, die solche Ziele in Aussicht stellt, wird zur Religion und macht das dringliche Heute um eines verschwommenen Morgen willen vergessen.

Wir aber glauben, lehren und bekennen, daß um unserer Sünde willen nie ein Zustand erreicht werden kann, in welchem Leistung und Lohn sich wirklich entsprechen, in welchem es keinen Krieg irgendwelcher

Art mehr geben und in welchem das Recht wesentlich gerecht sein wird. Das alles hat Gott der neuen Welt vorbehalten, die er durch Jesus Christus unseren Herrn geben wird. Bis dahin steht selbst das edelste menschliche Streben unter dem Kreuz, welches Christus erlitten hat.

### Artikel 3.

#### Vom Staate.

Wir glauben, lehren und bekennen, daß Gott der Schöpfer des Staates ist. Der Sünde wegen muß ein mächtiger Wille das Zusammenleben, zu welchem Gott uns geschaffen hat, ordnen. Dieser mächtige Wille ist nach Gottes Ordnung die Staatsgewalt. Ihr fällt die Aufgabe zu, dem Lebensdrang des einzelnen Raum zu schaffen, ohne daß einer in seinem Lebensdrang das Leben des anderen vernichtet.

Nicht der Staat als Gedanke, sondern allein der bestehende Staat ist durch Gottes Schöpfermacht da. Es gibt keine Staatsform, welche man die einzig richtige nennen kann. Staaten, Staatsformen und Obrigkeiten entstehen nach Gottes Willen, dem einen zum Heil, dem anderen zum Schaden, — ganz abgesehen davon, ob sie uns so gefallen.

Daraus folgt nicht, daß wir uns einfach treiben lassen sollen. Es ist nicht Unrecht, sondern Pflicht, jeweils nach der Staatsform, der Wirtschafts- und Volksordnung zu trachten, die den augenblicklichen Erfordernissen entspricht. Gottes Gebot macht nicht untüchtig zum politischen Handeln, sondern macht uns fleißig, „der Stadt Bestes zu suchen“, Jer. 29, 7.

Wenn wir dabei in Gegensatz zur bestehenden Obrigkeit geraten, so müssen wir das vor Gottes Richterstuhl und dem Schwert der Obrigkeit verantworten. Wir sind zum Gehorsam gegen die Obrigkeit berufen. Wenn aber der Fall eintritt, daß die Obrigkeit selbst wider „der Stadt Bestes“ handelt, dann muß jeder

entscheiden, wann der Augenblick gekommen ist, wo man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.

Wenn die staatliche Gewalt keine Autorität hat, so ist sie selber daran schuld. Sie hat von Gott das Recht, sich mit Macht Respekt zu verschaffen, und die Pflicht, durch Leistung Autorität zu erwerben. Die Untertanen haben keine Ursache, sich über eine schwache Obrigkeit zu freuen. Sie können nur zu ihrem Schaden in einem autoritätslosen Zustande leben und müssen alles daran setzen, daß die Obrigkeit gewürdigt und gestärkt wird. Wir verwerfen die Lehre, daß der Staat auf einem „Gesellschaftsvertrag“ beruhe. Wer so redet, weiß nicht, daß Gott durch den Staat über uns verfügt hat.

Wir verwerfen jede Vergöttlichung des Staates. Wenn sich die Staatsgewalt zum Herrn über die Gewissen aufwirft, wird sie antichristlich. Der Staat kann nie sagen, welches das Gebot Gottes für den einzelnen im jeweils vorliegenden Falle ist. Wenn er ins Leben des einzelnen eingreift, muß er diese Beschränkung seiner Macht vor Augen haben.

### Artikel 4.

#### Von den Aufgaben des Staates.

Wir glauben, lehren und bekennen, daß das gegenwärtige Leben eine Gabe des Schöpfers ist. Damit, daß Gott es uns schenkt, wie es ist und nicht, wie wir es wünschen, gebietet er uns, es zu leben, es zu erhalten und seinem Wachstum Raum zu schaffen.

Da dem Staat die Aufgabe zufällt, das Zusammenleben der Menschen zu ordnen, muß er unablässig bestrebt sein, zuerst seinem eigenen Wachstum Raum zu schaffen, damit er das Leben der Untertanen erhalten und schützen kann. Weil das Leben infolge der Sünde dauernd bedroht ist, gebietet Gott dem Staate die Bereitschaft, es im Notfall durch Waffengewalt zu verteidigen. Wenn es sein muß, müssen solche Verträge,

die den Bestand des Staates gefährden, bekämpft und beseitigt werden. Denn das Leben ist größer als alles, was Menschen setzen.

Gott hat uns als Deutsche geschaffen. Darum sollen wir auch Deutsche sein wollen. So gewiß jede Nation Lebensrecht und Lebenspflicht hat, so gewiß haben wir Deutsche es auch. Wo immer wir in unserem Deutschsein bedroht werden, hat eine deutsche Obrigkeit die Aufgabe von Gott, Volk und Staat in ihrer Deutschheit zu bewahren.

Ebenso sehr ist aber unser Leben und der Bestand unseres Staates bedroht durch die Not der Arbeitslosigkeit und die Zerrüttung der Wirtschaft. Es ist der Obrigkeit von Gott geboten, alles zu tun, um hier Hilfe zu schaffen. Es geht um Menschenleben, die Gott gegeben hat.

Solange unsere jetzige Staatsordnung zu Recht besteht, ist den Parteien von Gott die Aufgabe zugewiesen, die Obrigkeit auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Aber sie stehen unter dem Gebot Gottes, unser Staatswesen zu erhalten, nicht, es zu zerstören. Auch sie müssen ihre Opposition vor Gott verantworten.

Wir verwerfen es, daß die Parteien weithin zu politischen Konfessionen geworden sind. Sie gefährden dadurch nicht nur den Glauben an Gott, sondern auch den Bestand des Staates. Unter der Schlagwortpropaganda erwarten viele Anhänger von ihrer Partei für die Zukunft einen herrlichen Zustand der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt und der Lebensfreude. Man wirft dann den jeweils Regierenden Böswilligkeit vor, wenn sie die herrlichen Zustände nicht schon herbeigeführt haben. So entsteht eine dauernde Bereitschaft zu Bürgerkrieg und Straßenkampf. Das alles kommt daher: Wir wissen nicht mehr, daß Christus der Herr verheißt hat, was dem Leiden dieser Zeit ein Ende bereitet, und daß er allein es geben wird.

Wir verwerfen es auch, wenn das Volk von den Parteien in seinen Rechten gegenüber der Obrigkeit bestärkt wird, ohne daß der einzelne in Pflicht genommen, und von ihm in Haus und Gemeinde Sparsamkeit, Sauberkeit, Ordnung und Treue verlangt wird. Es hat keinen Sinn, auf Besserung zu hoffen, solange sich nicht jeder seinen nächstliegenden Pflichten zuwendet. Das ist die Gerechtigkeit, welche ein Volk erhöht, und die Gott von uns fordert.

#### Artikel 5.

#### Von den Geboten Gottes.

Wir glauben, lehren und bekennen, daß es Gott gefallen hat, in seinen Geboten zu offenbaren, was er von uns fordert, und was das Leben von uns verlangt.

Ist es dem Menschen auch unmöglich, die Gebote zu halten, so soll sich jeder doch alle Mühe geben zu tun, was die Gebote fordern.

Wir verkündigen nach den Geboten Gottes, daß jeder Staat und jedes Volk seine Religion haben muß. Tatsächlich hat auch jeder Staat seine Religion, sei es auch nur die Religion der Gottlosigkeit oder des Leninkultes.

Wir verkündigen, daß wir Deutsche durch Gottes Führung mit uns und durch die heilige Taufe auf das Christentum gewiesen sind. Wer das nicht berücksichtigt, wird uns Deutschen nie gerecht werden. Dem muß die staatliche Gewalt Rechnung tragen in allen ihren Bestrebungen. Gewiß ist uns ein rechter Glaube nicht angeboren. Den muß Gott im Gnadenwunder im einzelnen wirken.

Wir glauben, daß unser Volk der Gottesverehrung bedarf. Darum darf ihm die Gelegenheit dazu nicht geraubt werden. Es ist nicht recht, wenn die Feiertage gesteigerter wirtschaftlicher und politischer Betribsamkeit überlassen werden.

Wir glauben, daß es der Schöpfung entspricht, wenn in Deutschland eine deutsche Obrigkeit regiert, wenn

vor den Regierenden Achtung aufgerichtet und ihnen Gehorsam geleistet wird. Wir glauben, daß es Gottes Ordnung entspricht, wenn eine Regierung väterlich regiert und des Volkes Not als eigene Not trägt. Dann wird das Volk auch die Not der Regierung willig mittragen.

Da wir glauben, daß Gott der Schöpfer des Lebens ist, müssen wir alle Verachtung des gegebenen Lebens als Sünde zurückweisen. Eine solche Verachtung des Lebens liegt vor, wenn das Verbrechen gegen das Leben nicht hart geahndet wird, wenn Volksglieder als untermenschlich gewertet werden, wenn der Respekt vor der deutschen Nation untergraben, sie selbst aber in Wehrlosigkeit den Angriffen und dem diplomatischen Spiel aller preisgegeben wird. So urteilen wir um unseres Glaubens willen, nicht auf Grund des Wertes, den das Einzelleben und die Nation darstellen, sondern im Blick auf den Schöpfer, der sie geschaffen hat.

Wir bekennen die Ehe als eine göttliche Ordnung, in welcher der Mann dem Weibe zugeordnet wird und das Weib dem Mann. Wir halten die sogenannte bürgerliche Eheordnung nicht für die göttliche und die vollkommene. Aber wir verwerfen alle Bestrebungen, sie aufzulösen, ehe uns bessere Formen gegeben sind. Es entspräche dem Respekt vor der göttlichen Ordnung der Ehe und wäre eine wahrhaft politische Tat, wenn die Parteien in den eigenen Reihen Sittenlosigkeit und Ehebruch in allen Ständen ächten würden.

Wir glauben als göttliche Ordnung, daß alle Stände einander auf Gedeih und Verderb zugeordnet sind. Darum weisen wir es als Sünde zurück, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Staat und Beamter als Objekte der Ausbeutung angesehen werden.

Wir glauben, daß die Arbeit göttliche Ordnung ist. Sie soll Lebensinhalt sein, so daß Arbeitsleistung und Arbeitsertrag in Einklang gebracht werden. Darum

verwerfen wir es, wenn Arbeit zur Ware wird, die man kaufen und verkaufen kann. Auch halten wir es für Sünde, wenn sich jemand bei der herrschenden Arbeitslosigkeit beruhigen kann.

Wir glauben, daß die Ehre ein Hinweis darauf ist, daß der Mensch zu Gottes Bild geschaffen wurde. Wir verwerfen es als Sünde, wenn der Raub der Ehre politisches Propagandamittel wird, wenn der Unternehmer dem Arbeiter, der Arbeiter dem Unternehmer, der Reiche dem Armen, der Arme dem Reichen ehrlos ist.

Aus diesem Glauben würde eine Erneuerung der Gerichtsbarkeit folgen. Wir würden Gesetze haben, die man verstehen kann, eine verantwortliche Rechtsfindung, welche in der Schwere der Verantwortung dem deutschen Richter und Anwalt die Standesehre gibt, eine Bestrafung der Tat, die den Täter ehrlich macht und doch die Tat sühnt.

Wenn auch scheinbar das Kernstück der kirchlichen Verkündigung in dieser Botschaft nicht hervortritt, glauben wir doch, daß alles, was hier ausgesprochen ist, auf das Wort vom Kreuz abzielt und von ihm her gestaltet ist. Denn das Wort vom Kreuz wird am ehesten gehört, wo Menschen sich der Ordnung Gottes fügen und in den von Gott gesetzten Grenzen bleiben. Das Evangelium stellt uns alle an den rechten Platz und ist damit alleinige Hilfe und völliges Heil auch für unser irdisches Vaterland.

Das glauben, lehren und bekennen wir.

gez.: Sieveking, Schröder, Hoffmann, A. Reuter, Roos, R. Reuter, Thun, Ketels, Siegmann, Stal-  
mann, W. Petersen, Tonnesen, Abraham, Christian-  
sen, Andersen, Hildebrand, Hasselmann, Asmussen,  
Thomsen, Thedens, Knuth.